

gen des Städtischen eingegangen wird: Die fortschreitende Ausgrenzung benachteiligter Gruppen und deren Kontrolle sowie die Abgrenzungsversuche der oberen Schichten und der von der Drohung des Abstiegs betroffenen ehemaligen Mittelschichten.

In Kapitel 6 wird der Versuch unternommen, diese Phänomene zusammenzuführen und unter den noch zu begründenden Fragen nach zunehmender Veräumlichung sozialer Kontrolle und der Erklärungskraft bzw. Legitimierungsversuche gemeinschaftsorientierter, kommunitaristischer Ansätze zu betrachten.

Für eine Fragestellung, die versucht, allgemeine Tendenzen städtischer Entwicklungen in den Kontext einer theoretischen Analyse neoliberaler Gouvernamentalität einzuordnen, ergäben sich große Probleme, würde versucht werden, diese dezidiert an einem einzelnen Beispiel zu überprüfen. Der Blick in die Tiefe, etwa auf ein konkretes Projekt in einer konkreten Stadt, hat den entscheidenden Vorzug, dieses in einem gewissen Maße erklären zu können, es in einen historischen Prozess einzuordnen und aus lokalen Strukturen heraus zu verstehen. Andererseits verliert der Blick in die Tiefe in die Breite aus dem Sichtfeld. „Stadtforschung muss grundsätzlich beides tun, denn ohne Idiographie wird sie abstrakt, formal und inhaltsarm und ohne Nomothetik ausladend, breit und bleibt vorwissenschaftlich“ (Fassmann 1999, 51f8).

Diese gewisse Oberflächlichkeit wird verschärft durch eine Literaturlage, die alles andere als eingegrenzt ist. Da sich die Arbeit in einem Feld bewegt, das neben soziologischen auch sozialgeographische und kriminologische Bereiche berührt, und außerdem in den letzten Jahren ein verstärktes Interesse für dieses Thema zu verzeichnen ist, lässt sich ein klar abgrenzbarer Rahmen kaum ausmachen, was zu einer recht umfangreichen Literaturliste geführt hat.

So wie sich die beschriebenen Prozesse durch Uneinheitlichkeit und Flexibilität auszeichnen, so kann der Blick darauf auch nicht zu eindeutigen Ergebnissen führen, zumal wenn er, wie es hier der Fall ist, eher in die Breite als in die Tiefe geht. Es ist daher notwendig, die Grenzen dieses Ansatzes und des Versuchs aufzuzeigen, diesen im Rahmen eines *Einsteigs* anzuwenden. Zahlreiche neue theoretische Ansätze, der der GS keineswegs ausgenommen, treten oft mit einem Gestus des Großen und Neuen auf, überhöhen einzelne Ansätze und führen zu einem „theoretischen Isolationismus“ (Lemke 2000, 44), der sich bei näherem Blick oftmals als alter Wein in neuen Schläuchen entpuppt. Wirklich Neues gibt es aber weder auf der Ebene der Theorie noch der gesellschaftlichen Wirklichkeit besonders oft zu beobachten.

2. Die Gouvernamentalität

Der Titel dieser Arbeit verweist auf eine seit gut zehn Jahren im angloamerikanischen Raum stattfindende Debatte und Theorie-richtung, die seit wenigen Jahren auch im deutschsprachigen Raum zunehmend diskutiert wird. Die *Gouvernamentalität Studies*, die auf Michel Foucaults Konzept der *Gouvernamentalität* (2000) aufbauen, aber versuchen, diese anders als die historischen Studien etwa von François Ewald (1993, org. 1986), Robert Castel (2000) oder Jacques Donzelot (1980) zu einem Analyseinstrument der Gegenwart umzubauen, sollen hier in aller Kürze dargestellt werden.

Im Rahmen einer theoretischen Neuorientierung Ende der siebziger Jahre und vor dem Hintergrund des Konzepts der *Bio-macht*¹, führt Foucault den Begriff des Regierens ein, der eine mehrfache Schamierfunktion übernehmen soll. Zunächst verbindet dieser *strategische Machtbeziehungen* mit *Herrschaftszuständen*, eine Differenzierung, die neu eingeführt wird. Weiter vermittelt der Begriff zwischen *Macht und Subjektivität*, thematisiert also die Verknüpfung von Selbsttechniken und Beherrschung. Drittens ist er ein *Analyse-Instrument zur Untersuchung von Macht-Wissens-Komplexen*.

Foucault prägt dafür den Begriff der Gouvernamentalität (Lemke 2001, 109). Die Grundlage bildet seine Vorlesungsreihe zur Genealogie des Staates, der nicht als institutionell-administrative Struktur, sondern als „verwickelte Kombination von Individualisierungstechniken und Totalisierungsverfahren“ (Foucault 1987, 248) verstanden wird. Dabei war er über das Auftauchen der „spezifischen Probleme der Bevölkerung“ (Foucault 2000, 41) als eines Feldes, das im Zuge des Aufkommens bio-politischer Regulationsweisen wie Statistik und moderner Medizin, in einer Weise Objekt von Machttechnologien wurde, die sich nicht mit den Techniken der Disziplinierung deckte, zum Problem der Regierung gelangt.

„Man muss diesem Wort die sehr weite Bedeutung lassen, die es im 16. Jahrhundert hatte. Es bezog sich nicht nur auf politische Strukturen und auf die Verwaltung der Staaten, sondern bezeichnet die Weise, in der die Führung von Individuen oder Gruppen gelenkt wurde: Regiment der Kinder, der Seelen, der Gemeinden, der Familien, der Kranken. [...] Regieren heißt in diesem Sinne, das Feld eventuellen Handelns der anderen zu strukturieren.“ (Foucault 1987, 255)

Einer Definition von La Perrière aus dem 16. Jahrhundert zufolge ist „Regieren [...] das richtige Verfügen über die Dinge, derer man sich annimmt, um sie dem angemessenen Zweck zuzuführen“ (zitiert nach: Foucault 2000, 52).

Im Zuge einer Säkularisierung christlicher Gerüststechniken, die Foucault als *Pastoralmacht* (Foucault 1987, 248a) bezeichnet, werden die Subjektivierungsweisen hervorgebracht, die die Grundlagentheorie kapitalistischer Vergesellschaftung bilden sollten. Diese Funktion übernimmt zunächst der weitgefasste Begriff der *Policy*. Mit ihr tritt die Bevölkerung als Analyseobjekt und Interventionsfeld in Erscheinung (Lemke 2001, 167) und konstituiert ein Beziehungsgeflecht zwischen *Reichthum*, *Territorium* und *Bevölkerung* (Foucault 2000, 62). Dieses Beziehungsgeflecht bezeichnet Foucault, neben zwei weiteren Aspekten, als Gouvernamentalität:

„Unter Gouvernamentalität verstehe ich die Gesamtheit, gebildet aus den Institutionen, den Verfahren, Analysen und Reflexionen, den Berechnungen und den Taktiken, die es gestatten, diese recht spezifische und doch komplexe Form der Macht auszuüben, die als Hauptzielscheibe die Bevölkerung, als Hauptwissenschaft die politische Ökonomie und als wesentliches technisches Instrument die Sicherheitsdispositive hat.“ (Foucault 2000, 64)

Foucault grenzt nun nicht mehr souveräne Macht von Disziplin ab, sondern setzt beide gegen die Dispositive der Sicherheit. Aus Souveränität, Disziplin und governementaler Führung konstruiert er nicht eine lineare Abfolge, sondern ein Dreieck, das sich mittels der Sicherheitsdispositive auf die Bevölkerung als Zielscheibe richtet (Foucault 2000, 64). Sicherheit ist die Technologie der auf die Bevölkerung gerichteten Bio-Politik.

„Eine Technologie, die die einer Bevölkerung eigenen Masseneffekte zusammenfasst und die Serie der Zufallsereignisse, die in einer lebendigen Masse auftauchen können, zu kontrollieren sucht. [...] Es handelt sich um eine Technologie, die nicht durch individuelle Dressur, sondern durch globales Gleichgewicht auf etwas wie Homöostase zielt: auf die Sicherheit des Ganzen vor seinen inneren Gefahren“ (Foucault 2001a, 294).

Die Dispositive der Sicherheit sind das genaue Gegenteil der Disziplin, die die Subjekte an einer präskriptiven Norm ausrichtet. Diese Sicherheitsdispositive nehmen das empirische Normale zum Ausgangspunkt (Lemke 1997, 190; Link 1999). Sie ziehen „keine absolute Grenze zwischen dem Erlaubten und dem Verbotenen, sondern spezifizieren ein optimales Mittel innerhalb einer Bandbreite von Variationen“ (Lemke 2001, 113).

François Ewald zeigt in *Der Vorsorgestaat*, wie sich im späten 19. Jahrhundert anhand der Problematisierung des modernen Unfalls (modern in dem Sinne, dass ihm mit der Industrialisierung eine neue Bedeutung zukam) ein Verständnis von Risiko entwickelte, das unabhängig von natürlichen oder individuellen Faktoren als ein gesellschaftliches Produkt, als *soziales Übel* (Ewald 1993, 20) wahrgenommen wurde. Als ein solches ist es nicht individuell zu lösen,

sondern ebenfalls nur gesellschaftlich durch die Verteilung von Risiken mittels der Techniken der Versicherungen, deren zentrale Wissensformen Stochastik und Statistik sind. „The term 'risk' which one finds being used nowadays apropos of everything has no precise meaning other than as a category of this technology. Risk is a neologism of insurance“ (Ewald 1991, 198).² Das System der Versicherungen löst das Problem der Verantwortung, die zwischen Recht und Moral eingeklemmt war. Es setzt an die Stelle eines rechtlichen oder moralischen Anspruchs zwischen Individuen ein umfassendes und klassenübergreifendes *soziales Band* (Lemke 1997, 212). „In guaranteeing security, the state is equally guaranteeing itself its own existence, maintenance, permanence. Social insurance is also an insurance against revolutions“ (Ewald 1991, 209). Colin Gordon zufolge sind es drei generelle Merkmale, die für Foucault die Dispositive der Sicherheit ausmachen:

„It deals in series of possible and probable events; it evaluates through calculation of comparative cost; it prescribes not by absolute binary demarcation between permitted and forbidden, but by the specification of an optimal mean within a tolerable bandwidth of variation. Whereas sovereignty has as its object the extended space of a territory, and discipline focuses on the body of the individual (albeit treated as a member of a determinate collectivity) security addresses itself distinctively to 'the ensemble of a population.'“ (Gordon 1991, 20)

Die Sicherheitsdispositive zielen darauf, die Kontingenzen, die die moderne Gesellschaft produziert, gesellschaftlich in den Griff zu bekommen. Diese sind eng an das Aufkommen einer liberalen Gouvernentalität gebunden, die sich in neuer Weise mit der Frage der Freiheit beschäftigen muss. Der Liberalismus³ bringt ein neues Verhältnis von Freiheit und Sicherheit hervor, da dieser nur über die *Garantie von Freiheit*, einer einem spezifischen Gebrauch zugeordneten Form von Freiheit, funktionieren kann. Der Einsatz von Zwang und Gewalt kann damit nicht mehr das zentrale Mittel der Durchsetzung von Freiheit sein, er eignet sich nicht mehr zur Organisation der „Bedingungen, unter denen die Individuen frei sein können“ (Lemke 1997, 186).

Es liegt aber nahe, so Lemke, Foucaults Beschreibung der Gouvernentalität als eine Auseinandersetzung mit den frühen Formen des Liberalismus zu lesen und darüber von einer recht monolithischen Regierungsweise auszugehen, die sich die letzten zweihundert Jahre kaum geändert habe (Lemke 1997, 193). Erst in den 1990er Jahren, etwa mit den im Sammelband *The Foucault Effect* von Graham Burchell, Colin Gordon und Peter Miller (1991) versammelten Texten, wurde das, was als *neoliberaler Gouvernentalität*

lilit bezeichnet werden kann, stärker in den Fokus gerückt und der Versuch unternommen, die Studien zur Gouvernamentalität zu einer Analytik der Gegenwart zu verwenden. Dabei werden allerdings die liberale und neoliberale Gouvernamentalität als zwei recht starre Blöcke gegeneinander gesetzt, die einander abzulösen scheinen. Das ist natürlich grob vereinfachend und unterschlägt Widersprüchlichkeiten und theoretische Auseinandersetzungen, die Diskurse wie *den Liberalismus* nie zu einer statischen und fixierten Größe werden ließen.

Die neoliberalen Programme, die für die Gegenwart von entscheidender Bedeutung sind, unterscheiden sich von denen, die hier als liberal begriffen werden, dadurch, dass ihren Kern eine Verschiebung der Vorstellung von Ökonomie und deren Verhältnis zu Staat und Gesellschaft bildet.⁴ Neoliberale Konzepte folgen auf eine Phase fordistischer Regulation von Gesellschaft und Ökonomie. Fordismus ist zunächst an eine technische Entwicklung gebunden, den Taylorismus und das Fließband. Die technisch mögliche Massenproduktion wirft das Problem auf, dass der Konsum mit der Produktion nicht mithalten kann. Die Lösung dieses Problems schien die Erschließung neuer KonsumentInnengruppen, den LohnarbeiterrInnen. Lohnanstiege für ArbeiterInnen führten durch höheren Konsum zu massiven Produktivitätszuwächsen, so dass der Lohnanteil sich kaum negativ zu Lasten des Kapitals veränderte (Leborgne/Lipietz 1994, 97). Die große soziale und gesellschaftliche Neuerung (neben dem, was Ulrich Beck als *Fahrtuhleffekt* bezeichnet hat) ist die Notwendigkeit stabiler Lohnverhältnisse sowie eines sozialstaatlichen Konsenses auf der Basis eines integrativen und homogenisierenden Modells von Gesellschaft. Damit ist der Fordismus im weiteren Sinne ein Modell des sozialdemokratischen Reformismus (Hirsch 2002, 84ff; Leborgne/Lipietz 1994, 97).⁵

Dies ist mit der Krise des Fordismus und dem Aufkommen neoliberaler Programme in Bewegung geraten.⁶ Der *Postfordismus*, der hier in erster Linie als eine veränderte Form der gesellschaftlichen Produktions- und Verhältnisse verstanden werden soll, unterscheidet sich qualitativ von den Regulationsweisen des Fordismus. Den Kern dieser Phase des Kapitalismus macht der Begriff der Flexibilität oder auch des flexiblen Akkumulationsregimes aus. Es unterscheidet sich entschieden von der fordistischen Produktionsweise, die standardisiert und in großen geballten Produktionseinheiten stattfand. Damit einher gehen die Aufkündigung des fordistischen Klassenkompromisses, der Umbau der staatlichen Sozialsysteme und die Heterogenisierung von Lebensstilen und sozialen Lagen.

Die neue Flexibilität – verbunden mit einer *Internalisierung der Produktion* und einem Bedeutungsgewinn der Finanzmärkte (Hirsch 2002, 100ff) – lässt sich mindestens auf drei Ebenen finden: *Technologisch* meint sie die zunehmende Computerisierung, Robotisierung und Vernetzung. Damit verbunden sind kostensenkende Konzepte wie *lean production* oder *just-in-time*. *Organisatorisch* verändert sie die Zusammensetzung von Unternehmen, die ständig *in- und outsource*n, neue Bereiche erschließen oder sich auf Kerngeschäfte zurückziehen. *Räumlich* schließlich führt sie zu anderen Formen urbaner industrieller Entwicklung und einem veränderten Erscheinungsbild der Städte (Soja 2000, 173). Durch einen neuen *Kommodifizierungsschub*, der Wissen und *Natur* dem Verwertungsprozess unterwirft, wird eine längerfristige Erhöhung der zur Krise des Fordismus hin gesunkenen Profitrate möglich (Hirsch 2002, 100ff).

Allerdings darf auch der Postfordismus nicht als eine einheitliche, homogene und eindeutige Entwicklung begriffen werden. Genau wie bei Neoliberalismus und Globalisierung ist von einem widersprüchlichen Modell auszugehen, das in unterschiedlichen Kontexten unterschiedlich reagiert (Leborgne/Lipietz 1994, 96). Ähnlich wie bei zahlreichen anderen *Post-ismen* soll mit dem Präfix *Post* nicht ein klares Ende bezeichnet werden. Weder ist die Moderne vorbei, noch gibt es mit dem Aufkommen postkolonialer Erfahrungen keine Formen von Kolonialismus oder Neokolonialismus mehr. Es ist vielmehr „a deconstruction (not destruction or erasure) and reconstitution (still only partial, ongoing, and incorporating selective components of the older order) of Fordist and Keynesian political economies“ (Soja 2000, 170).

Die Ökonomie gilt dem Neoliberalismus nicht mehr als „ein gesellschaftlicher Bereich mit spezifischer Rationalität, Gesetzen und Instrumenten, sie besteht vielmehr aus der Gesamtheit menschlichen Handelns, insofern dieses durch die Allokation knapper Ressourcen zu konkurrierenden Zielen gekennzeichnet ist“ (Lemke 2001, 116). Die Generalisierung der ökonomischen Form, und damit die Ökonomisierung des Sozialen, hat nach Lemke zwei wichtige Funktionen: „Erstens fungiert sie als Analyseprinzip, indem sie nichtökonomische Bereiche und Handlungsformen mittels ökonomischer Kategorien untersucht [...] Zweitens besitzt das ökonomische Raster aber auch Programm-Charakter, indem es die kritische Bewertung der Regierungspraktiken anhand von Markt begriffen erlaubt“ (Lemke 2001, 117).

Mit der Krise des fordistischen Modells und der Disziplinargesellschaften geht laut Rose die Krise des modernen Staates und

insbesondere des Wohlfahrtsstaats einher (Rose 1999 98). Statt eines allgemeinen Machtverlusts verliert der Bezugsrahmen des Nationalstaates nach innen an diskursiver Integrationskraft. Die Vorstellung einer nationalstaatlich verfassten Gesellschaft ist von grundlegender Bedeutung bei der Legitimation von Sozialstaatlichkeit, die darauf abzielt, innerhalb dieses Bezugsrahmens eine auf nationalen Solidaritätsbeziehungen beruhende Umverteilung zu begründen. Der *Sicherheitsstaat*, der sowohl Wohlfahrts- als auch Überwachungsstaat war (Hirsch 1998, 78), eine im Sinne foucaultischer Biomacht untrennbare Verknüpfung gouvernementaler Führung, musste noch eine nach innen inklusive Ordnung schaffen. Unabhängig von einem nach außen ausgrenzenden Nationalismus fungierte er damit als Kitt für ein äußerst heterogenes Ensemble sozialer Akteure und Positionen. Diese Funktion übernimmt seit dem Aufkommen des Sozialstaats der Begriff des *Sozialen*⁷.

Jean Baudrillard, dessen Nutzen für eine soziologische Gesellschaftsbeschreibung jenseits medientheoretischer Themen durchaus fraglich erscheinen mag, bietet mit seinem Text *In the Shadow of the Silent Majorities or the End of the Social* (1983) für Nikolas Rose Anlass, über *das Soziale* nachzudenken. Er ruft in Erinnerung, dass es sich dabei nicht um eine „zeitlose Existenzform menschlicher Sozialität“ handelt, sondern dass es eine „von politischen Leidenschaften hoch besetzte Erfindung der Geschichte ist“ (Rose 2000a, 75). Nun ließe sich vermuten, dass Baudrillard, dessen Theorie einer Gesellschaft, deren wichtigstes Merkmal das Verschwinden ist und sich durch die Auflösung aller möglichen Kategorien auszeichnet (Bauman 1995b, 181), nachdem er Realität, Geschichte, Politik, Macht und Architektur aufgelöst und verabschiedet hatte (Blask 2002), nun eben beim Sozialen angelangt sei. Das ist wenig unwahrscheinlich. Dennoch bleibt die Frage, was *das Soziale* sei, zumal es Gesellschaften ohne Soziales gegeben habe (Baudrillard 1983, 67). Statt vom *Tod des Sozialen*, dieses „erst vor kurzem entstandenen und zunehmend wichtigeren Sektors“ (Deleuze 1980, 244), der die dominante Regierungsform wohlfahrtsstaatlicher und fordristischer Ordnung wurde, soll in Anlehnung an Donzelots Genealogie des Sozialen in *Die Ordnung der Familie* (1980) hier vielmehr von einer *Transformation des Sozialen* gesprochen werden, einer Vorstellung, die zentral für einen großen Teil der Untersuchungen zur gegenwärtiger Gouvernementalität ist (Krasmann 2003a, 95).

Das Soziale, so die These von Rose, gerät seit den 1980er Jahren, seit dem verstärkten Auftauchen neoliberaler Programme, aus unterschiedlichen Richtungen unter Druck:

„In Britain, from about the 1950s to the 1980s, those who were financially supported, in whole or in part, by benefits paid by the state [...] were often referred to as 'on the social'. But from the 1980s onwards, to be 'on the social' was to be problematized in a particular way. Those who were on the social were not fellow citizens entitled to support to enable them to cope with temporary difficulties brought about by the ups and downs of a life cycle, or by unexpected ill health or accident. They were spoken about as if they were somehow different, demeaned, dependent.“ (Rose 1999, 99)⁸

An die Stelle des modern-wohlfahrtsstaatlichen *Regierens durch das Soziale* (Rose 1999, 178) mit seiner Zentrierung auf staatliche Regulierung, setzten sich Sets neuer Mentalitäten und Strategien des Regierens, in denen Governance-Strategien, runde Tische und *die Zivilgesellschaft*⁹ Vorstellungen von autonomer Staatsmacht zunehmend ablösen (Rose 1999, 168); es entsteht „ein neues Verhältnis zwischen den Methoden, mit denen andere, und den Techniken, mit denen das Selbst regiert wird, ein Verhältnis, das in den neuen Beziehungsgeflechten wechselseitiger Verpflichtungen situert ist, den 'Communities' oder Gemeinschaften“ (Rose 2000a, 78). Dabei soll nicht der Eindruck entstehen, die vergangene Epoche sei *real* von Solidarität und freiwilligem Ausgleich zwischen sozialen Klassen geprägt gewesen. Allerdings herrschte die Vorstellung von der Existenz einer „mehr oder weniger kohärenten und homogenen Ordnung“ (Krasmann 2003b, 277). „Natürlich geht es dabei nicht um die Frage einer Ablösung des 'Sozialen' durch 'Community': Die räumliche und territoriale Organisation des politischen Denkens verläuft nicht in solch linearen Sequenzen. Gleichwohl lässt der Einfluss des 'Sozialen' auf unsere politische Vorstellungswelt nach“ (Rose 2000a, 105).

2.1. Gouvernementalität und Stadt

Das Regieren durch neoliberale *Kontrollregimes* verschiebt den Fokus gouvernementaler Strategien von „der Gesellschaft und de[n] sozialen Verhältnissen auf Gemeinschaften, die Selbsttechniken der Individuen oder technische Verfahren“ (Krasmann 2003a, 100).

Drei Aspekte, die auf zahlreichen Ebenen des urbanen Regierens in der post/neo-sozialen Kontrollgesellschaft zu beobachten sind, sollen expliziert werden. Dabei handelt es sich zunächst um idealisierte Aspekte, die eher als Programme denn als soziale Realitäten in dieser Reinform zu begreifen sind. Sie finden sich im städtischen Raum in verschiedensten Formen, in Diskursen, Politiken und Architekturen wieder.

- Der *Spatial Turn* der sozialen Kontrolle, in der die Bestrafung von Vergehen durch räumlichen Ausschluss und Sozialpolitik

durch segmentierende und festschreibende Nahraumorientierung ersetzt werden. Damit erhält Prävention als Risikomanagement einen neuen Stellenwert.

- Die Rückkehr des autonomen Subjekts als selbstverantwortlichem Akteur, der als Unternehmer seiner Selbst (Ich-AG) die Schuld an der eigenen Exklusion trägt. Da es sich hier weniger um ein originär städtisches Feld handelt, sondern eher Fragen der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik berührt, bleibt dieser Aspekt unterbelichtet, aber aufgrund einer elementaren Verknüpfung mit den beiden anderen nicht ungenannt.
- Die kommunitäre Erfindung der homogenen Gemeinschaft, mit der versucht wird, den durch die neoliberale Umstrukturierung entstandenen Verwerfungen und wahrgenommenen Ambivalenzen einen positiven Neuentwurf entgegenzusetzen, dabei aber, so die These, massiv an deren Verschärfung teilhat.

Diese Aspekte sollen im Folgenden anhand verschiedener Felder städtischer Politik und Restrukturierungsversuche beschrieben werden. Allerdings werden sie nicht der Reihe nach abgearbeitet, sondern in die Diskussion um veränderte Weisen des urbanen Regierens eingearbeitet und zum Schluss noch einmal expliziter diskutiert.

2.2. Kritik und Reichweite des Ansatzes

Trotz zahlreicher und vielfach berechtigter Kritik an den Konzepten der Governementality Studies, besonders was deren Untersuchungen der Aktualität betrifft, sind einige für diese Arbeit wichtige Vorteile mit diesem Ansatz verbunden.¹⁰

Anstelle der Frage, was passiert und warum, wird die Frage nach der Problematifizierung gestellt. Es geht nicht um reale Ereignisse als solche, sondern um die Frage, warum diese zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt problematisiert werden. Dabei kommt dem Ereignis erst durch seine soziale Vermittlung eine Bedeutung zu (Rose 1999, 20). „Nicht die Verhaltensweisen zu analysieren und nicht die Ideen, nicht die Gesellschaften und nicht ihre 'Ideologien', sondern die *Problematifizierungen*, in denen das Sein sich gibt als eines, das gedacht werden kann und muß, sowie die *Praktiken*, von denen aus sie sich bilden“ (Foucault 1989, 19). Die historische-nominalistische Perspektive auf die Problematifizierungen ermöglicht den Blick auf die bestimmten Praktiken zugrundeliegenden spezifischen Rationalitäten und Denkbarkeiten (Lemke 1997, 147f; 339ff).

Lemke, Krasmann und Bröckling sehen in dieser Analyseform eine positive und eine negative Komponente. Eine negative

„Denaturierungsstrategie, die den reifizierenden Gebrauch von Kategorien aufzeigt“ und eine positive, die das „historisch-spezifische Netz von Kräfteverhältnissen, Interessen und Strategien aufzeigt], das jene Evidenzen ermöglicht und stabilisiert hat. [...] Dieser Nominalismus schreibt sich insofern in ein sozialwissenschaftliches Theoriprogramm ein, als es dabei gegen einen sozialwissenschaftlichen Realismus um die 'Objektivierung der Objektivitäten' [...] geht“ (Lemke/Krasmann/Bröckling 2000, 21).

Ein entscheidender Kritikpunkt an den Analysen der GS ist, dass es sich bei diesen um nicht viel mehr als Diskursanalysen handelt, die aber mit dem Anspruch anstreben, gesellschaftliche Wirklichkeit abzubilden. Diskursanalysen können nur wenig darüber aussagen, warum bestimmte Diskurse zu bestimmten Zeitpunkten wirksam werden und Praktiken bestimmen und tendieren dazu Realität zu homogenisieren (Müller 2003, 104). Es stellt sich somit die Frage, wie im Rahmen dieser Arbeit die Auswahl städtischer Phänomene legitimiert wird, die herangezogen werden, um die These von einer neuen Weise urbanen Regierens zu untermauern. Ich möchte hier nur einige mögliche Thesen über die Bedeutung der gewählten Beispiele aufstellen, die diese Zusammenstellung begründen.

- Eine erste These ist, dass die gewählten Beispiele innerhalb der aktuellen stadtsoziologischen Diskussionen eine wichtige Rolle spielen, sie also von wichtigen Sprecherpositionen für relevant erachtet werden. Dies scheint sich bei einem ersten Blick etwa auf die Schriftenreihe der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie in der DGS zu bestätigen. In den letzten Jahren scheint die Thematisierung von sozialer Ungleichheit, Kontrolle, Überwachung, Kommerzialisierung und Fragmentierung innerhalb der Stadtsoziologie stark zugenommen zu haben (etwa Glasze 2003; Wehrheim 2002; Gestring u.a. 2003; Löw 2002; Roost 2000; Ronneberger/Lanz/Jahn 1999; Becker/Lanz 2003).¹¹

- Die gewählten Beispiele sind von sich aus und real von enormer Bedeutung. Sie prägen in signifikanter Weise Bild und Leben postfordistischer Städte. Diese Vermutung trifft auf zahlreiche Städte zu, auf andere weniger. Somit scheint eine derartige Verallgemeinerung und damit Homogenisierung gegenwärtiger Stadtentwicklung unzulässig. Zahlreiche dieser Beispiele spielen dabei nur in bestimmten Kontexten eine Rolle, in den USA meist eine größere als in Europa. Dennoch scheint eine gewisse Tendenz, dortige Erfahrungen übertragen zu wollen, feststellbar zu sein. Eine verlässliche Aussage, wie sie hier nicht getroffen

3. Stadt, Soziologie und Postfordismus

Obgleich in Europa der Anteil der in den Metropolen lebenden Bevölkerung stagniert und sich in Japan, den USA und den Entwicklungsländern das Wachstum der Megastädte verlangsamt hat, leben seit einigen Jahren erstmals weltweit mehr Menschen in Städten als auf dem Land, ein immer größerer Teil davon in den Megacities des globalen Südens (Feldbauer/Parmreiter 1997, 9), die kaum mehr mit klassischen Vorstellungen von Urbanität vereinbar sind. Binnen fünfzig Jahren stieg die Zahl solcher Städte mit mehr als 5 Millionen Einwohnern von vier im Jahr 1940 (Tokio, New York, London, Paris) auf 36 zu Beginn der 90er Jahre (Bronger 1997, 37f.). Diese Entwicklung geht nicht nur zu Lasten der ruralen Gebiete, sondern auch anderer Städte.¹

Die Frage nach der Formation des Gesellschaftlichen kann nicht getrennt werden von Fragen nach deren räumlichen Anordnung und der Struktur der gebauten Umwelt. Dies gilt auch für den Bereich der Ökonomie, die auf der einen Seite die Art und Weise der Verstädterung bestimmt hat, andererseits auch durch diese bestimmt wurde. Henri Lefevre betont die *socio-spatial dialectic* (Soja 1989, 76) zwischen Raum und gesellschaftlichem Sein. „Space and the political organization of space express social relationships but also react back upon them ... *industrialization, once the producer of urbanism, is now produced by it*“ (ebd.).²

Städtische Räume spielen für die auf die spezifischen Eigenschaften der Bevölkerung gerichteten Sicherheitsdispositive eine besondere Rolle. Zahlreiche Sicherheitsdispositive entstanden im Zusammenhang mit Problemen, die durch Verstädterungsprozesse auftraten. Foucault zeigt am Beispiel von Großstadtdiskursen aus dem 19. Jahrhundert, wie biopolitische und disziplinatorische Techniken versuchten, den wahrgenommenen Problemen zu begegnen. Gegen die Unübersichtlichkeit der modernen Großstadt, die als Bedrohung für Bürger und Ordnung wahrgenommen wurde, entwickelte sich Ende des 19. Jahrhunderts nicht nur die Idee der Gartenstadt, sondern auch das Modell einer idealen Arbeiterstadt. Die miserablen Wohnbedingungen, unter denen Menschen der Arbeiterklasse in den Arbeiterquartieren leben mussten, wurden von zahlreichen Sozialreformern problematisiert. Die ideale Stadt sah nun klar nach Familien getrennte Wohneinheiten vor, mit getrennten Zimmern für Eltern und Kinder, Mädchen und Jungen. Daneben gab es ein System regulativer Einrichtungen, die sich auf die Bevölkerung als solche richteten, beispielsweise Schulpflicht und

werden kann, ließe sich etwa in Form einer quantitativen Untersuchung der Phänomene oder einer qualitativen Untersuchung auf der Ebene der sozialen Akteure und deren Wahrnehmung und Praktiken treffen.

Aus methodischen Gründen (und um nicht in die Falle zu laufen, die für zahlreiche Untersuchungen innerhalb der GS attestiert wurde) scheint es sinnvoll zu sein, Beispiele von verschiedenen Ebenen zu wählen. So werden im Folgenden Diskurse, Programme, Praktiken und Architekturen herangezogen, um in all diesen Hinweise auf ein neues Regieren zu finden. Wenn auf all diesen Ebenen ähnliche Weisen des Regierens gefunden werden, so ließe sich begründet davon ausgehen, dass es sich um eine relevante Tendenz städtischer Aktualität handelt, auch wenn einzelne Fälle als nicht dominant beschrieben werden können. Durch die Abkehr von der Orientierung an Programmen, wie sie besonders für jüngere Untersuchungen der GS konstitutiv ist, soll das Verständnis von Gouvernamentalität wieder näher auf die Konzeption Foucaults fokussiert werden. Dieser sah darin ein Bündel aus „den Institutionen, den Verfahren, Analysen und Reflexionen, den Berechnungen und den Taktiken, die es gestatten, diese recht spezifische und doch komplexe Form der Macht auszuüben“ (Foucault 2000, 64). Dabei geht aber eine genealogisch-historische Perspektive verloren, was unter anderem dem Umfang dieser Arbeit geschuldet ist.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es im Folgenden weniger darum geht ein einheitliches Bild einer widerspruchsfreien Entwicklung urbaner Räume in den westlichen Nationen zu konstruieren und anhand von Beispielen zu belegen, als vielmehr zu zeigen, dass sich ein Bündel von Regierungsrationalitäten entwickelt, die sich in bestimmten Punkten von denen, die funktional im modernen Wohlfahrtsstaat waren, unterscheiden.

Das folgende Kapitel geht zunächst einen weiten Schritt zurück und fragt, ganz ökonomistisch, nach dem Verhältnis von gegenwärtigem Kapitalismus und einem veränderten Erscheinungsbild der Städte.